

die Weitergabe und Vermittlung des Glaubens überhaupt geht, um auf Europa bezogene Evangelisation und Inkulturation. Darauf wies nicht zuletzt der Passauer Pastoraltheologe *Paul M. Zulehner* in seinem die Tagung einleitenden Referat „Kirche heute – Kirche für morgen“ hin. Er bezeichnete es als den Grundauftrag der Kirche, „Gottes Auferweckungspraxis in der Menschheit sichtbar zu machen und voranzutreiben“. Träger der Entwicklung hin zu einer „Kirche des Volkes“ in Europa seien primär die *Gemeinden*. Die entscheidende Frage sei nicht, ob genügend Priester da seien, sondern ob es Gemeinden gebe, die die Radikalität des Evangeliums lebten. Letztlich brauche es andere Priester aus anderen Gemeinden.

Auch Legrand setzte ähnliche Akzente, wenn er davon sprach, daß der Dienst des Priesters relational verstanden werden müsse, eingebunden nicht zuletzt in die Verantwortung aller Christen. Im Rückgriff auf die Praxis und Theologie der Ordination im 3. und 4. Jahrhundert versuchte er ein *Modell* zu entwerfen, in dem sowohl die gemeinsame Verantwortung von Amtsträgern und Gläubigen gewahrt bleibt wie das Spezifikum des kirchlichen Amtes. Er plädierte dabei für das Verständnis des Amtes von der Gemeindeleitung her; dieses Konzept sei das synthetischste und verhindere am ehesten einseitige Lösungen. Von einigen wichtigen Grundlinien abgesehen, blieb dabei allerdings offen, wie ein solches, zunächst systematisch und am historischen Beispiel gewonnenes Modell sich für die Gegenwart umsetzen lassen könnte.

So wichtig und unverzichtbar Visionen einer erneuerten Gemeinde und eines in der Kirche neu verorteten Amtes sind, so sehr bedürfen sie der *Konkretion*. So wurde in den Arbeitskreisen mit Recht z. B. gefragt, wie man sich heute die stärkere Beteiligung der Ortskirche an der Bestellung von Amtsträgern vorstellen könne, wie sich die nach Legrands Modell dem Priester vorbehaltene „*présidence*“ in der Gemeinde zu den vielfältigen Diensten und zur Auffächerung des Amtes verhalte.

Vieles ist offen

Am Ende des Treffens diskutierten die Vertreter der Priesterräte über eine „*Botschaft der Hoffnung*“ an die Priester in Europa, deren endgültige Fassung vom Vorstand ausgearbeitet wird. Diese Botschaft gibt kein Resümee der vielen in Salzburg oft nur en passant angeschnittenen Fragen, sondern bekräftigt in mehr appellativer Form die Solidarität mit den Armen, die Notwendigkeit einer Inkulturation des Glaubens in der europäischen Gesellschaft und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Laien. Versucht man darüber hinaus entsprechend dem Thema des Treffens „Priester zwanzig Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil“ eine erste Bilanz der Tage in Salzburg, dürfen dabei die folgenden Punkte keinesfalls fehlen: Bei den meisten Delegierten, die natürlich nicht einfach als für die Priester in Europa repräsentativ genommen werden können, zeigte sich ein beträchtliches, aus der konkreten eigenen Erfahrung in der Seelsorge genährtes Maß an Sensibilität und Offenheit dafür, daß die Lösung der Priesterkrise nicht in

einer Repristinierung traditioneller priesterlicher Spiritualität oder des tridentinischen Priesterbildes zu suchen ist, sondern andere Wege eingeschlagen werden müssen. Ein Zweites: Die Fragen, die nicht nur, aber auch im Gefolge des Zweiten Vatikanums die Amtsdiskussion bestimmt haben (nicht zuletzt Zölibat, auch Priestertum der Frau) sind nach wie vor lebendig; sie werden aber zunehmend aus einer problematischen Isolierung gelöst und auf dem Hintergrund der Grundaufgaben kirchlicher Verkündigung und Gemeindebildung gesehen. Ein dritter Punkt: In der Praxis sind, das wurde aus vielen Erfahrungsberichten deutlich, jeweils unterschiedliche neue Formen der Mitverantwortung in der Kirche entstanden, die nicht einfach wieder rückgängig gemacht werden können, sondern eine eigene Dynamik entwickeln. So unterschiedlich sich inzwischen das Profil des katholischen Priesters in den einzelnen europäischen Ortskirchen und auf den verschiedenen kirchlichen Tätigkeitsfeldern ausnimmt; in jedem Fall ist dieses Amt heute im Übergang begriffen.

U. R.

Chile: „nationale Krise“

Mit der desolaten wirtschaftlichen Lage Chiles und einer verstärkten innenpolitischen Repression verschlechtert sich offensichtlich auch das ohnehin belastete Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Militärregime. Einen Tiefpunkt erreichten die Beziehungen durch die Ausweisung von drei ausländischen Ordenspriestern sowie die Verhaftung von zwei Geistlichen im Anschluß an eine regierungsfeindliche Demonstration im März dieses Jahres.

Konflikt mit der Kirche

Trotz Intervention der chilenischen Bischöfe und des päpstlichen Nuntius, der ein Gespräch mit dem Außenminister, *Alex Schweitzer*, geführt hatte, wurden die beiden irischen Patres *Brendan Forde* und *Desmond McGillicuddy* sowie der australische Kolumbaner-Missionar *Brian McMahon* des

Landes verwiesen. Die Ausgewiesenen hatten zwischen fünf und zwölf Jahren in Pudahuel, einer Armenvorstadt von Santiago, gearbeitet und waren unter anderem an der Armenspeisung des Bistums beteiligt. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Ausweisungssorder protestierte der Erzbischof von Santiago, Kardinal *Raul Silva Henríquez*, in einem Hirtenbrief, der am 13. März in allen Kirchen der Erzdiözese verlesen wurde, gegen die erneute „Belästigung“ der Kirche. Die Kirche könne es nicht zulassen, daß die Staatsmacht sich nach eigenem Gutdünken zum Richter über pastorale Aktivitäten mache. „Wer behauptet, die Speisung von Arbeitslosen oder ein Selbsthilfeprogramm zum Bau von Unterkünften sei ein politisches Unternehmen, der mißverstehet die Aufgabe der Kirche“ (Mensaje, März/April 1983, S. 87). Ausdrücklich betonte der Kardinal,

daß die betroffenen Priester das Vertrauen der chilenischen Bischöfe hätten, und bedauerte, daß die Ausweisung ohne Kontaktaufnahme mit den kirchlichen Stellen erfolgt sei. In dem Hirtenbrief erweiterte der Kardinal die Kritik an der Ausweisung der Missionare zu einer *generell negativen Beurteilung der staatlichen Kirchenpolitik*:

„So bekommen wir in unseren Pfarreien häufig Besuche von der Polizei, die mit ihren Befragungen Zweifel und Angst bei den einfachen Leuten verbreitet. Einige Gruppen für Familienkatechese haben sich aus diesem Grund aufgelöst.“ Viele ausländische Priester und Ordensfrauen würden von den Behörden schlecht behandelt; den Katholiken verweigere man Bauplätze für Kirchen und Kapellen und bevorzuge andere Denominationen. Der Generalvikar von Santiago, *Juan de Castro*, bezeichnete die Ausweisungen als „neuen Beweis für die Kirchenverfolgung in Chile“. Während viele Gläubige ihre Solidarität mit den drei Priestern bekundeten und über 100 Ordensleute aus Protest in den Hungerstreik traten, verließen in den vornehmen Vierteln Santiagos zahlreiche Gottesdienstbesucher die Kirche, als während der Sonntagsmesse der Hirtenbrief des Kardinals verlesen wurde.

Die Regierung sah sich offenbar erst nach den öffentlichen kirchlichen Protesten genötigt, die Ausweisung der Priester zu begründen, und behauptete in einer offiziellen Mitteilung, die Priester hätten sich verbotener politischer Aktivitäten, wie Teilnahme an Demonstrationen, Verteilung von Flugblättern usw., schuldig gemacht. Die beiden irischen Patres wurden sofort ausgeflogen. Der australische Priester hatte zunächst Asyl in der Botschaft seines Landes gefunden; am 19. März wurde er in Begleitung von zwölf Polizisten zum Flughafen gebracht (vgl. *Croix*, 7. 4. 83). Wenig später wurden im Zusammenhang mit Demonstrationen gegen das Regime ein chilenischer und ein irischer Priester verhaftet, nach einigen Tagen jedoch wieder freigelassen.

Daß diese gegen die Kirche gerichteten Repressalien keine Ausnahme, sondern Bestandteil einer gezielten

Strategie sind, zeigt eine Äußerung von *Pinochet* mehr als deutlich. Er werde in Zukunft mit härterer Hand gegen „subversive Elemente und Agitatoren“ vorgehen; diese Warnung gelte auch „für einige, die zu sehr achtbaren Institutionen gehören“ (zit. nach *Kathpress*, 30. 3. 83).

Zunehmende Opposition

Die Nervosität des Regimes und die wachsende Ungeduld in der Bevölkerung hängen ursächlich mit dem *Scheitern der ultraliberalen Wirtschaftspolitik* und der daraus resultierenden katastrophalen wirtschaftlichen Lage zusammen. Das Jahr 1982 brachte für Chile in jeder Hinsicht schwerwiegende ökonomische Rückschläge. Das Sozialprodukt sank um rund 15 Prozent; die Arbeitslosigkeit stieg zeitweilig auf fast 25 Prozent. Innerhalb von neun Monaten wurde die Währung um mehr als 100 Prozent abgewertet. Die Auslandsverschuldung erreichte die Rekordhöhe von 17 Milliarden Dollar; auf die Einwohnerzahl bezogen, gehört Chile damit zu den am höchsten verschuldeten Ländern der Welt.

Der Versuch des Regimes, durch wiederholtes Auswechseln der Verantwortlichen im Wirtschafts- und Finanzressort die Misere zu beseitigen, wirkte kontraproduktiv. Er führte erst recht zur Verunsicherung und Resignation der Unternehmerschaft und zu weniger Konsumbereitschaft der Ober- und gehobenen Mittelschicht. Die Lage der breiten Bevölkerung hat sich überproportional verschlechtert. Der Rückhalt des Regimes *Pinochet* schwindet zunehmend auch in den Teilen der Bevölkerung, die von der Machtübernahme der Militärs vor zehn Jahren an erster Stelle vom wirtschaftspolitischen Kurswechsel zu profitieren hofften.

So regen sich seit Ende vergangenen Jahres erstmals wieder *breitere oppositionelle Kräfte*, denen das Regime durch eine Vielzahl gesetzlicher Einschränkungen und polizeistaatlicher Unterdrückungsmaßnahmen jegliche Bewegungsfreiheit genommen hatte. Deshalb bot die Opposition, die sich

in den ersten Jahren der Diktatur wieder zu formieren schien, ein Bild der Zersplitterung und der Resignation. Jetzt traten ehemalige Parlamentarier und führende Vertreter der verbotenen Parteien mit einem „*demokratischen Manifest*“ zur Lage der Nation an die Öffentlichkeit. Die Verfasser kommen aus den unterschiedlichsten politischen Richtungen; ausgeschlossen haben sich lediglich die für gewaltsame politische Veränderungen eintretende *MIR* (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria) und – vorläufig – die *Kommunistische Partei Chiles*. Das Manifest fordert die Wiedereinführung der Demokratie als Voraussetzung für die Beendigung der „tiefen Krise, in der sich das Land befindet“.

In auffallender Übereinstimmung mit offiziellen kirchlichen Stellungnahmen über die innere Verfassung des Landes konstatiert das Dokument: „Unsere republikanische Geschichte verzeichnet keine tiefere und länger andauernde Krise als diejenige, unter der das Land leidet. Davon sind die moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen betroffen; dadurch wird die Sicherheit der Nation beeinträchtigt, und die Ungerechtigkeiten und inneren Spannungen nehmen zu.“ Konkret verlangen die Unterzeichner die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Wiederzulassung der politischen Parteien und die Rückkehr zur Autonomie der Hochschulen, die seit Jahren von „delegierten“ Rektoren geleitet werden. Zur Beseitigung der „entsetzlichen“ Wirtschaftskrise sei ein auf breitem Konsens beruhendes Notstandsprogramm erforderlich.

Das Aufleben der Opposition, das sich auch in mehreren Demonstrationen äußerte, quittierte die Regierung mit verschärfter Repression und einer erneuten „ideologischen“ Offensive. So propagiert *Pinochet* seine ständestaatlich-faschismusähnliche Vorstellung von der „*geschützten Demokratie*“, in der jegliche Verstöße gegen die staatliche Obrigkeit unerbittlich verfolgt werden, „weil sie die Autorität mißachten, die von Gott kommt“ (zit. nach *Le Monde*, 18. 2. 83). Nach Aussage des Solidaritätsvikariats der Erz-

diözese Santiago und der chilenischen Menschenrechtskommission haben die Menschenrechtsverletzungen wieder zugenommen. Dazu gehören politisch begründete Verhaftungen und Ausweisungen, neuerdings wieder zunehmende Folterungen sowie die Hinhaltepolitik in der Frage der Exilchilenen. Die immer widerkehrenden propagandistischen Zusagen, das Vaterland sei nun bereit, die Exilierten wieder aufzunehmen, haben bisher lediglich dazu geführt, daß von den 30 000 emigrierten Chilenen nur 200 zurückkehren konnten.

Die Bischöfe: zurück zu christlicher und demokratischer Tradition

Die katholische Kirche protestiert nach wie vor als einzige gesellschaftliche Kraft in aller Öffentlichkeit und relativ unbehindert gegen die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die Verletzung der Menschenrechte. Darüber hinaus äußert sie sich immer deutlicher über die autoritäre Staatsauffassung der Diktatur mit dem Anspruch einer Scheindemokratie. So wird in kirchlichen Publikationen, insbesondere der angesehenen

Jesuitenzeitschrift „Mensaje“, die von Pinochet konzipierte „neue Gesellschaft“ als eine Staatsform qualifiziert, „die auf dem Ausschluß der gesellschaftlichen Kräfte und totaler politischer Kontrolle basiert“ (Mensaje, März/April 1983, S. 100).

Die chilenischen Bischöfe artikulieren ihre grundsätzlichen Bedenken sowie ihre Anregungen für eine „konstruktive Lösung“ in einem „Die Wiedergeburt Chiles“ überschriebenen Hirtenbrief, der im Dezember 1982 veröffentlicht wurde und die in den 70er Jahren begonnene Reihe kirchlicher Stellungnahmen zu nationalen Fragen fortsetzt. In einfacher, direkter und unterschiedener Sprache analysieren die Bischöfe die „wirtschaftliche, soziale, institutionelle und moralische Krise der Nation“ und fordern eine Neubestimmung auf die christliche und demokratische Tradition Chiles. Ein Neuanfang beginne mit dem Respekt vor der Menschenwürde: „Jeder Chilene ist ein Kind Gottes, einzigartig, unersetzlich. Sein Leben, seine Freiheit, seine Meinung müssen respektiert werden, auch wenn er anders denkt als wir. Das Vaterland gehört allen, und wir müssen lernen, es wie Brüder zu teilen.“

G. B.

deren Apparat (Verwaltung, Seelsorge, Bildungs- und karitative Einrichtungen).

Die Gemeinschaft der Katholiken, das sind aber in Polen 96 Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich nach einer Untersuchung des Instituts für Grundlagenprobleme des Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus dem Jahre 1980 (1975: 92,1 Prozent) als „gläubig“ bezeichnen (Społeczeństwo polskie w drugiej połowie lat siedemdziesiątych. Raporty z badań pod red. Zbigniewa Sufina, Warszawa czerwiec 1981, S. 335). Die Katholiken verkörpern also *die polnische Gesellschaft in ihrer Ganzheit* und Vielfalt. Die Gemeinschaft der „Gläubigen“ ist in Polen angesichts des geringen statistischen Anteils anderer Konfessionen und der Beinahe-Gleichheit von Katholizismus und polnischer Nation – ein ziemlich getreues und nahezu vollständiges Abbild aller Schichten, Milieus, Altersgruppen und politischen Überzeugungen. Von diesem Katholizismus als *Ausdruck der Gesamtbevölkerung* wurde ganz überwiegend auch das Experiment der „Solidarität“ und der Erneuerung 1980/81 getragen; es war nicht zuletzt das Polen der 34 Millionen Katholiken, das die Entscheidung vom 13. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegsrechtes wie ein Hammerschlag traf. Und es waren schließlich die Engagierten in der „Solidarität“, im Journalismus, in der Literatur, im ganzen Kulturbereich, die nicht alle „gläubig“ waren, aber nicht weniger die katholische Kirche *als geistige Repräsentantin* ihrer nationalen, gesellschaftlichen, moralischen und schließlich auch politischen Ansprüche sahen.

Viele von diesen sind seit dem Ende der Erneuerung verbittert und demoralisiert und mißtrauischer gegenüber jeder Autorität, als dies bereits vor der Ausrufung des Kriegsrechtes der Fall war. Gerade diese Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen und katholisch fühlender Polen hegt gegenüber der Kirche als hierarchischer Institution Erwartungen. Diese Erwartungen sind jedoch so heterogen, wie die Gesellschaft sozial und mental vielfältig ge-

Polen: Kirche unter Druck

Vor einiger Zeit wartete eine bundesdeutsche Zeitung mit der Schlagzeile auf: „Warschau plant Schlag gegen die Kirche“ (Die Welt, 19. 1. 83). Und in den westlichen Medien wird in den letzten Monaten unregelmäßig, aber kontinuierlich berichtet, die katholische Kirche Polens kämpfe mit inneren Spannungen und Konflikten. Die Behörden versuchten Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zwischen verschiedenen Gruppen und Personen innerhalb des Episkopats und des Klerus sowie in der reich gegliederten katholischen Laienbewegung mit den kirchlich und politisch sehr unterschiedlich profilierten Gruppierungen (Znak, KIK, PZKS, Odiss, Pax u. a.) zur Schwächung der politischen Opposition und der Kirche selbst auszunutzen.

Der gesamten Bevölkerung verpflichtet

Noch ist schwer zu sagen, ob es sich dabei um *qualitativ neue* Spaltungs- und Schwächungsversuche im Umgang mit der katholischen Kirche handelt, die über die bisherige Politik hinausgehen. Daß die Regierung bei aller grundsätzlich deklarierten Kooperationsgemeinschaft eine Politik der Nadelstiche betreibt und innerkirchliche Meinungsunterschiede für sich auszunutzen sucht, ist offensichtlich. Dabei steht natürlich nicht nur die Bischofskonferenz und der „höhere“ Klerus, sondern der gesamte polnische Katholizismus im Blickpunkt: sowohl die Kirche als Gemeinschaft *aller* Katholiken *und* die Institution Kirche mit ihrer Hierarchie und